

V-06 Siemenscampus für alle – Bürger*innenbeteiligung sicherstellen

Antragsteller*in: Vorstand des KV Spandau u.a.

Tagesordnungspunkt: 10 Weitere Anträge

1 Siemenscampus für alle – Bürger*innenbeteiligung sicherstellen

2 Wir begrüßen die Entscheidung von Siemens, 600 Millionen Euro in den Standort Berlin zu
3 investieren und am Standort Siemensstadt in Spandau 200.000 Quadratmeter neuen Wohnraum –
4 davon gegenwärtig 60.000 Quadratmeter mit Mietpreisbindung - sowie Infrastruktur für
5 Forschung, Innovation und Produktion zu errichten. Da es sich bei diesem Projekt um ein
6 Vorhaben von gesamtstädtischer Bedeutung handelt, begrüßen wir auch die Entscheidungen des
7 Senates, das Planungsrecht für dieses Projekt an sich zu ziehen.

8 Damit dieses gesamtstädtische Projekt die bestehenden Strukturen vor Ort im Bezirk möglichst
9 gut berücksichtigt und so zu einem Erfolg werden kann, ist aber eine wirksame
10 Bürger*innenbeteiligung notwendig.

11 Wir fordern deshalb die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung auf, bei der Planung und
12 Entwicklung des Siemenscampus in Spandau eine wirksame und über die Mindestanforderungen
13 hinausgehende Bürger*innenbeteiligung zu realisieren. Eine Informationsveranstaltung nach
14 dem Abschluss des städtebaulichen Wettbewerbes im 2. Quartal 2019 reicht aus unserer Sicht
15 nicht aus: Die Ideen und das Wissen der Anwohner*innen der Siemensstadt müssen von Anfang an
16 kontinuierlich in den Planungsprozess einfließen, damit der Siemenscampus ein Projekt wird,
17 mit dem sich alle Anwohner*innen identifizieren können.

18 Um den Sorgen der Anwohner*innen vor steigenden Mieten zu begegnen, fordern wir die
19 Senatsverwaltung außerdem auf, sicherzustellen, dass die Aufwertung des Quartiers nicht zu
20 einer Verdrängung der Anwohner*innen der Stadtteile Siemensstadt und Charlottenburg-Nord
21 führt. Wir fordern, dass die Preisentwicklung in dem Stadteil durch geeignete Instrumente,
22 zum Beispiel durch die Errichtung von Milieuschutzgebieten in der Siemensstadt und in
23 Charlottenburg-Nord, gedämpft wird. Dann könnten auch das kommunale Vorkaufsrecht sowie
24 Abwendungsvereinbarungen mehr Schutz für die Wohnbevölkerung vor möglicher Verdrängung
25 bieten.

26 Der Siemenscampus wird aber nicht im luftleeren Raum geplant. Er reiht sich ein in eine
27 Reihe von Veränderungen im Nordöstlichen Bezirk Spandau und muss in diesem Zusammenhang
28 gedacht werden. Gemeinsam mit weiteren Wohnungsbauprojekten – zum Beispiel auf der Insel
29 Gartenfeld, an der Waterkant und an den Pepitahöfen und der Urban Tech Republic am Standort
30 Tegel - steht der Bezirk und seine unmittelbare Nordöstliche Umgebung insgesamt vor enormen
31 infrastrukturellen Herausforderungen. Dabei treibt viele Menschen nicht nur die Sorge vor
32 Aufwertung und steigenden Mieten um, sondern auch die Aussicht auf eine erhebliche Zunahme
33 von Verkehren und die sich angesichts des Zuzugs schon heute abzeichnenden deutlichen
34 Engstellen bei der Versorgung mit Kita-, Grund- und Oberschulplätzen im Bezirk.

35 Wir fordern deshalb den Senat auf, die Versorgung mit schienengebundenen ÖPNV-Angeboten im
36 gesamten nordöstlichen Bezirk Spandau deutlich zu verbessern und die Planung für ein
37 Straßenbahnnetz in Spandau vorzuziehen. Die unter dem Namen „Siemensbahn“ bekannte S-
38 Bahnverbindung sollte schnellstmöglich saniert und reaktiviert werden. In einem zweiten
39 Schritt ist zu prüfen, ob die Siemensbahn weitere Gebiete in Spandau erschließen kann.

40 Die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie fordern wir mit Nachdruck dazu auf,
41 Vorschläge zu unterbreiten, wie den im Bezirk Spandau durch den erhöhten Zuzug schon heute

- 42 sich deutlich abzeichnenden Engstellen bei der Versorgung mit Kita-, Grund- und
43 Oberschulplätzen, aber auch Jugendfreizeiteinrichtungen im Bezirk begegnet werden kann.

Begründung

Weitere Antragsteller*innen: Gollaleh Ahmadi, Oliver Gellert, Elmas Wiczorek-Hahn, Christoph Sonnenberg-Westeson, Bettina Jarasch (MdA), Britta Byszio (alle KV Spandau), Alexander Kaas Elias (KV Charlottenburg-Wilmerdorf)

Begründung:

Der Senat hat die Planung und Entwicklung des Siemenscampus aufgrund der gesamtstädtischen Bedeutung an sich gezogen. Diesen Schritt finden wir richtig. Auch wird die Planung des Siemenscampus von den meisten Menschen in den betroffenen Gebieten in Spandau und Charlottenburg-Nord begrüßt.

Aufgrund vieler Beispiele von Fehlentwicklungen, durch stark steigende Mieten in anderen Quartieren der Stadt, wächst jedoch bei vielen Anwohner*innen die berechtigte Sorge und Verunsicherung vor einer möglichen Gentrifizierung und der dadurch bedingten Verdrängung aus ihrem Kiez.

Diese Ängste können wir durch eine wirksame Bürgerbeteiligung und Instrumente wie des Milieuschutzes, wodurch Umwandlungen von Miet- in Eigentumswohnungen oder überteuerte Modernisierungen teilweise eingeschränkt werden können, zumindest mildern. Auch könnten dann das kommunale Vorkaufsrecht sowie Abwendungsvereinbarungen mehr Schutz für die Wohnbevölkerung vor möglicher Verdrängung bieten. Dies ist auch dringend geboten angesichts der weiter steigenden Mieten und wachsenden Wohnungsnot in der ganzen Stadt.